



Schorndorf

Brand in Miedelsbach: Schaden am Wohnhaus größer als gedacht

Drei Wochen nach dem Brand in Miedelsbach ist die Ursache für das Feuer in der Produktionshalle der Firma Haar noch nicht geklärt. Für die Betroffenen hat sich der erste Schrecken gelegt. Doch klar ist mittlerweile auch: Auch wenn das an die Halle angrenzende Wohnhaus der Familie Bäder hatte gerettet werden können, der Schaden im Haus ist größer als zunächst gedacht.

► Seite B 1



Die Werkhalle nach dem Brand.

Rems-Murr

Erzieherinnen reicht's: Sie wollen bessere Arbeitsbedingungen

Weniger Erzieherinnen sollen sich um mehr Kinder kümmern: So geht's nicht weiter, so wird man niemandem gerecht. Für diesen Dienstag hatte Verdi zur Demo aufgerufen, und trotz Regens fand sich eine Vielzahl von Betroffenen in Waiblingen ein. Den meisten, so der Eindruck, geht's nicht vorrangig um Geld, sondern um bessere Arbeitsbedingungen.

► Seite C 1



Streik am Dienstag in Waiblingen: Verdi hatte mobilisiert. Foto: Palmizi

Wir sind für Sie da

Aboservice 07151 566-444
aboservice@zvw.de
Anzeigen 07151 566-411
anzeigen@zvw.de
Redaktion 07181 9275-20
schorndorfer@zvw.de
Lokal 07151 566-275
kreis@zvw.de
Sport 07151 566-262
sport@zvw.de

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
14424,36 Pkt. -93,80 Pkt.	3917,85 Pkt. -33,27 Pkt.	1,0969 Dollar -0,36 Cent

Wetter



Mittags 16° | Nachts 6°
Überwiegend stark bewölkt,
dazu böiger Südwestwind



SPD, FDP und AfD fordern Luchas Entlassung

Der Minister musste wegen Pannen viel Kritik einstecken. Nun ist das Maß voll, findet die Opposition.

STUTTGART. FDP und SPD wollen den Landtag zu einer Bühne für eine Generalabrechnung mit Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) machen. Die beiden Fraktionen beschlossen am Dienstag einstimmig einen Entlassungsantrag, mit dem sie Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) drängen wollen, den Minister wegen „eklatanter Fehlleistungen“ in der Pandemiepolitik zu feuern. Lucha habe keine Autorität mehr und schade dem Vertrauen in die Politik. Die AfD hat angekündigt, sich dem Antrag anschließen zu wollen.

Ministerpräsident Kretschmann hingegen stellte sich hinter seinen Minister. Der Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz nannte den Antrag unbegründet und lächerlich. red

Der Neue kommt von Rolls-Royce

Der Energiekonzern EnBW soll demnächst von Andreas Schell, dem bisherigen Chef des Motorenherstellers Rolls-Royce Power Systems, geführt werden. Der 52-jährige Manager folgt auf Frank Mastiaux, der Deutschlands drittgrößten Versorger nach zehn Jahren verlassen wird.

Kommentar

Die neue Zerreißprobe

Wie lange wird die Solidarität in Deutschland diesmal halten? Die Politik muss sich ehrlich machen.

VON ANNIKA GRAH

Da ist es wieder: Das warme „Wir“-Gefühl, das wir schon aus dem Jahr 2015 und den ersten Wochen der Pandemie kannten. Eine Welle von Hilfsbereitschaft schwappt durch Deutschland. Geflüchtete aus der Ukraine werden am Bahnhof von freiwilligen Helfern in Empfang genommen. Es häufen sich Berichte über Menschen, die ihren privaten Raum als Unterkunft anbieten. Und eine knappe Mehrheit sagt im aktuellen BaWü-Check: Lasst unbegrenzt Flüchtlinge rein.

Allein, die Vorzeichen, dass das so bleibt, sind schlecht. Die Menschen im Land haben Zukunftssorgen, größer als während der zähen Monate der Pandemie. Die Inflation und die Energiepreise gepaart mit noch unklaren Folgen des Krieges für die Wirtschaft in Deutschland tun ihr Übriges. Der ewige Wohlstand der Nachkriegsgenerationen scheint auf einmal endlich. Wird das Wohl der Geflüchteten vor das eigene Wohl gestellt werden? Schon jetzt fällt es den Menschen schwer zu benennen, auf welche staatlichen Leistungen sie verzichten würden.

Eines ist schon jetzt klar. Für alles wird das Geld nicht reichen, wenn die Wirtschaft so abstürzt, wie es die Prognosen aktuell prognostizieren, und damit auch Steuereinnahmen ausbleiben. Die Regierungen in Land und Bund sollten daher keine Trostpflasterchen in Form von Entlastungspaketen verteilen, sondern sich ehrlich machen – und sich und die Bevölkerung darauf vorbereiten, dass die Zeiten sich ändern werden.

Maskenpflicht in jedem zehnten Laden

STUTTGART. Jeder zehnte Händler in Baden-Württemberg hält an einer Maskenpflicht fest. Das ergab eine Blitzumfrage des Handelsverbands unter 200 Händlern im Südwesten. Vier von zehn Händlern empfehlen demnach aktiv, eine Maske zu tragen. Die Hälfte überlässt es den Kunden und weist in den Geschäften nicht speziell darauf hin.

Seit Sonntag sind die Corona-Auflagen in Baden-Württemberg entfallen. „Die Stimmung ist grundsätzlich gut. Viele Kunden freuen sich, dass sie ohne Masken einkaufen können oder könnten, auch wenn sie selbst noch vorsichtig sind“, sagt die Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, Sabine Hagmann. dag
Leitartikel

Die Stimmung im Land ist so schlecht wie lange nicht mehr

BaWü-Check Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Der Ukraine-Krieg lässt zwei Drittel der Bürger skeptisch oder besorgt nach vorne blicken. Eine Mehrheit will die Energieversorgung mit Atomkraft sichern.

VON CHRISTIAN GOTTSCHALK

STUTTGART. An diesem Mittwoch wird Baden-Württembergs Ministerpräsident ein voraussichtlich recht trübes Bild der Zukunft zeichnen. Winfried Kretschmann macht die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zum Thema seiner Regierungserklärung. Dass er mit tiefgreifenden Auswirkungen und Wohlstandsverlusten im Südwesten rechnet, hat der Grünen-Politiker bereits durchblicken lassen. Er trifft damit die Stimmung der Menschen im Land. Die ist so schlecht wie schon lange nicht mehr. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, einer repräsentativen, von baden-württembergischen Zeitungen getragenen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Demnach sieht nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen. Die große Mehrheit ist tief besorgt. 33 Prozent schauen skeptisch nach vorne, 54 Prozent sogar mit ausgeprägten Befürchtungen für die nächsten Monate. Nie zuvor haben die Demoskopien solche Werte gemessen.

IHK Region Stuttgart will Satzung ändern

Das Präsidium plant mehr rechtliche Sicherheit. Kritiker sprechen von einem Angriff auf die Demokratie.

STUTTGART. An diesem Mittwoch sollen die Vertreter der gut 160 000 Unternehmen in der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart (IHK) über eine Satzungsänderung diskutieren. Vorgeschlagen werden unter anderem eine Anhebung der Quoren für Sondersitzungen und geheime Abstimmungen. Außerdem sollen virtuelle und hybride Formate für die Vollversammlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter verankert werden.

Es darf mit einer kontroversen Debatte gerechnet werden, denn Vorwürfe gibt es bereits von der kammerkritischen Kaktus-Gruppe innerhalb der Industrie- und Handelskammer. Sie wirft dem Präsidium vor, die Vollversammlung entmachten zu wollen, und sieht in den Plänen einen „Angriff auf die Demokratie“. jbo

87

Prozent der befragten Baden-Württemberger empfinden die gestiegenen Energiepreise als Belastung.

57

Prozent der Befragten sprechen sich in einer repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungen und des Allensbach-Instituts für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken aus.

1400 Euro Einmalzahlung für Chemiebeschäftigte

Tarifabschluss im Zeichen des Ukraine-Krieges bringt kein reguläres Lohnplus. Orientieren sich die Metall- und Elektroindustrie daran?

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

WIESBADEN/STUTTGART. Der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen auf die Unternehmen überschattet nun auch massiv die Tarifpolitik. Arbeitgeber und Gewerkschaft der chemisch-pharmazeutischen Industrie einigten sich auf einen Brückentarifvertrag, bevor im Oktober über höhere Entgelte weiterverhandelt wird.

Der Kompromiss bringt den 580 000 Tarifbeschäftigten keine reguläre Lohnerhöhung. Doch werde ihnen mit einer Einmalzahlung in Höhe von 1400 Euro eine „finanzielle Brücke“ für sieben Monate gebaut, wie beide Seiten betonten. Damit sollen einerseits die explodierenden Energiepreise und hohen Teuerungsraten ausgeglichen werden – andererseits sollen die Unternehmen ohne dauerhafte Kostenbelastungen durch die Phase großer Unsicherheiten kommen.

Konkret sorgen sich die Menschen unter anderem um die Sicherheit der Energieversorgung. Gestiegene Preise für Gas, Öl, Benzin oder Diesel haben das Bewusstsein genährt, dass der bisher gewohnte Wohlstand an seine Grenzen kommt. 87 Prozent geben an, dass die steigenden Energiepreise eine Belastung sind. 69 Prozent haben eine klare Vorstellung davon, was der Staat gegen die steigenden Preise unternehmen soll: Steuern senken, heißt es da.

Beim Thema Umgang mit Energie scheiden sich die Geister. Ein Tempolimit unterstützen 57 Prozent. Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent möchte allerdings die Atomkraftwerke länger laufen lassen.

Deutlich positiver ist die Stimmung der Baden-Württemberger gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen. 51 Prozent sagen, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnehmen sollte wie möglich. 43 Prozent sprechen sich für eine Begrenzung aus. Lediglich sechs Prozent plädieren dafür, möglichst wenige oder gar keine Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen.

Kommentar